FRITZ CSOKLICH

Die Optik, Akustik und Neurotik unserer Zeit

Zu Beginn des Jahres zeichnete der angesehene Präsident des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, Prof. Ludwig Adamovich, ein kritisches Bild von der Republik Österreich. Der oberste Verfassungsrichter erklärte, Demokratie und Rechtsstaat in Österreich seien "wie vom Todestrieb" befallen, es fehle über weite Strecken der Grundkonsens, und wichtige verantwortliche Politiker seien offenkundig nicht mehr in der Lage, miteinander zu reden.

Obwohl Staat und Kirche nicht miteinander vergleichbare Größen sind, ist es auffallend, daß der Zustand unserer Republik und der Zustand unserer Kirche in Österreich eine ganze Reihe von Paralellen aufweisen: Auch manche innerkirchliche Auseinandersetzungen scheinen "wie vom Todestrieb" befallen, auch in der Kirche fehlt es über weite Strecken an einem Grundkonsens über wichtige Fragen und eine ganze Reihe verantwortlicher Männer der Kirche vermögen offenkundig nicht mehr miteinander zu reden.

Diese Ähnlichkeiten im äußeren Befund lassen einmal mehr erkennen, daß eben jedes Zeitalter einen bestimmten Fundus von Befürchtungen, Träumen, Gedanken, Leidenschaften, Irrtümern und Tugenden hat, wie dies Egon Friedell in seiner "Kulturgeschichte der Neuzeit" ausgedrückt hat: "Jede Zeit hat ihre bestimmte Physiologie, ihren charakteristischen Stoffwechsel, ihre besondere Blutzirkula-

tion und Pulsfrequenz, ihr spezifisches Lebenstempo, ihre nur ihr eigentümliche Gesamtvitalität, ja sogar ihre individuellen Sinne: eine Optik, Akustik und Neurotik, die nur ihr angehört."

So ist es gewiß mehr als ein Zufall, wenn sich zur Zeit nicht nur in der Politik, sondern auch in der Kirche Tendenzen formieren, die vom Dialog nicht sehr viel halten, und die mit einer Offenheit gegenüber anderen Meinungen Schluß machen wollen. Derartige Tendenzen führen auf verschiedenen Ebenen der Kirche immer häufiger zu Entscheidungen, die manchmal gar nicht sehr bedeutungsvoll, oft nur zweit- oder drittrangig sind, die aber in der Folge meist überaus emotionell geführt werden und zu bedenklichen Konsequenzen führen.

Die Kündigung des Kooperationsvertrages, den das Salzburger "Rupertus-Blatt" mit dem Kirchenzeitungsring West verband, kann als ein Lehrbeispiel für einen solchen Vorgang gewertet werden. Denn von der Sache her ist ein solcher Vertrag eine pragmatische Angelegenheit, die kaum prinzipielle Bedeutung hat. Als vor einiger Zeit die Kärntner diesen Vertrag kündigten, gab es keine größere Aufregung darüber. Jetzt, im Fall Salzburgs, liegen die Dinge anders.

Die gleichzeitige Ablöse des bisherigen "Rupertusblatt"-Chefredakteurs Bernhard Strobl und des geistlichen Assistenten, Dompfarrer Balthasar Sieberer, läßt tatsächlich einen grund-

legenden Richtungswechsel vermuten. Erzbischof Georg Eder bestritt zwar in ersten Stellungnahmen jede "konservative Kehrtwende", doch läßt die ab Anfang 1996 vorgesehene Kooperation des "Rupertusblattes" mit der "Wiener Kirchenzeitung" zweifellos inhaltliche Auswirkungen erwarten.

Die unmittelbar darauf folgende Mitteilung, Papst Johannes Paul II. habe den Moraltheologen Prof. Andreas Laun zum Weihbischof von Salzburg ernannt, führte zu zahlreichen Schlußfolgerungen und Spekulationen, die weit über den Anlaß hinausführten. Besonderes Echo fand die Aussage des erzbischöflichen Sekretärs Otmar Stefan, Erzbischof Eder habe zu keinem Zeitpunkt um einen neuen Weihbischof angesucht. Aus diesem Faktum wollten nicht wenige Beobachter das Interesse Roms herauslesen, das Recht des Salzburger Domkapitels, den Erzbischof aus einem römischen Dreiervorschlag zu wählen, zu umgehen. Dies könnte nach dem Beispiel des Bischofs Haas in Chur durch ein "automatisches" Nachrücken von Andreas Laun im Fall der Resignation von Erzbischof Eder geschehen. Andere Vermutungen bezogen sich auf eine eventuelle Bestellung des neuen Weihbischofs zum Herausgeber oder geistlichen Assistenten des "Rupertusblattes".

Diese Auseinandersetzungen sollten nicht die tiefgreifenden Veränderungen in der österreichischen Kirchenzeitungs-Landschaft verdecken. Wurden 1987 von allen neun Kirchenblättern noch 395 560 Exemplare verkauft, so waren es 1993 nur noch 352 820. Inzwischen ist die Auflage weiter gesunken. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl liegen die Kirchenzeitungen von Linz (Auflage: 74 000), Graz (66 000)

und St. Pölten (62 000) an der Spitze. Wien bildet mit einer Auflage von 36 000 Exemplaren das absolute Schlußlicht. Überdies ist es beunruhigend, daß die Kirchenzeitungen immer weniger junge Leser haben, während der Anteil der alten Bezieher nach wie vor überdimensioniert ansteigt.

Die "schmerzhafte Entscheidung"

Frankreichs Katholiken sind nach der Amtsenthebung des Bischofs von Evreux, Jacques Gaillot, in dieser Frage nach wie vor gespalten. Während der Vorsitzende der französischen Bischofskonferenz Erzbischof Joseph Duval von Rouen sagte, es schmerzlich, daß Gaillot kein Zeichen des Bemühens um eine engere Gemeinschaft mit dem Papst und den Bischöfen gezeigt habe, kam es in Frankreich zu Schweigekundgebungen von Anhängern des gemaßregelten Bischofs und zu zahlreichen Sympathiekundgebungen. Bei einer Hausbesetzeraktion im Pariser Viertel Saint-Germain-des-Pres ist es zu Zusammenstößen zwischen einem Polizeiaufgebot und Demonstranten gekommen, zu denen auch Bischof Gaillot gehörte. Die Demonstranten wollten ein leerstehendes Gebäude unmittelbar neben der Kirche Saint Germain zu einer "Stätte der Begegnung und Solidarität" umfunktionieren.

Der Vatikan rechtfertigte die Amtsenthebung mit dem Hinweis, Gaillot sei gemaßregelt worden, weil er sich insbesondere in Moralfragen von der Lehre der Kirche entfernt habe. So hieß es in einem Schreiben des Vatikans an die französische Bischofskonferenz. Die Diskussion mit ihm habe sich über

zehn Jahre hingezogen, doch seien alle Bemühungen, eine Lösung im Gespräch zu finden, vergeblich gewesen. Ein Bischof sei zur Solidarität mit dem Episkopat und mit dem Papst verpflichtet, die bei Gaillot vermißt wurde. Die Bischofskongregation räumt ein, daß die Amtsenthebung Gaillots bei vielen Menschen auf Unverständnis gestoßen sei, doch dürfe man nicht vergessen, daß diese "schmerzhafte Entscheidung" erst getroffen wurde, als alle anderen Mittel erschöpft waren.

Der Generalsekretär der französischen Bischofskonferenz, P. Bernard Lagoutte, erklärte, Bischof Gaillot sei im Gegensatz zum Traditionalisten-Erzbischof Marcel Lefebyre nicht exkommuniziert worden. Der Bischof sei auch nicht wegen seiner Rolle zurechtgewiesen worden, die er "bei den von Gesellschaft Ausgeschlossenen übernehmen möchte". Was Gaillot im Blick auf diese Menschen sagt oder tut, könne zu einem Appell für die Kirche werden, schreibt der Generalsekretär. Die Entscheidung des Vatikans betreffe lediglich Gaillots "derzeitige Eignung, Diener der Einheit, der communio, in einer Diözese zu sein."

Sieben katholische Organisationen in der Schweiz schlossen sich in der Folge den zahlreichen Protesten gegen die Amtsenthebung des französischen Bischofs in aller Welt an. Die Schweizer Organisationen verlangen die Wiedereinsetzung Gaillots und fragen, weshalb es im Fall des umstrittenen Bischofs von Chur, Wolfgang Haas, zu Amtsenthebung kam. Schweizerische Bischofskonferenz bedauerte, daß der Fall Gaillot zu vermehrten Spannungen innerhalb der katholischen Kirche führt.

Warum glauben Journalisten wenig?

Hauptergebnisse der im Auftrag des Katholischen Zentrums für Massen-Katholischen kommunikation, der Medienakademie und der Kathpreß erstellten Studie "Was glauben Österreichs Journalisten?": Nur 44 Prozent der 206 befragten Journalisten in Österreich glauben "wirklich" an Gott. Als "ziemlich areligiös" deklarierten sich 35 Prozent der Journalisten, von denen 64 Prozent zur katholischen und 13 Prozent zur evangelischen Kirche gehören. 24 Prozent deklarierten sich ohne religiöses Bekenntnis, fünf Prozent machten keine Angaben darüber. Für 58 Prozent der Journalisten hat die Kirche keine Leitfunktion, und für 70 Prozent spielt auch die Kirchenzugehörigkeit "eine untergeordnete Rolle". Ein distanziert-kritisches Verhältnis zur Kirche wird von 51 Prozent der Befragten angegeben, ein neutralgleichgültiges von 18 Prozent und ein positiv-freundliches von 17 Prozent. Nur für 23 Prozent ist Religion der tragende Grund ihres Lebens, 66 Prozent sehen darin eine "ethische Haltung". Ihre Lebensregeln beziehen nach dieser Umfrage nur wenige Journalisten aus dem christlichen Glauben: Ganze acht Prozent orientieren sich am zentralen christlichen Gebot der Gottesund Nächtstenliebe, aber 51 Prozent an Kants Kategorischem Imperativ. Und fast 40 Prozent halten nichts für wahr, was sie nicht eindeutig erkannt haben.

Prof. Maximilian Gottschlich vom Publizistischen Institut der Universität Wien kommentierte dieses Umfrageergebnis mit dem Hinweis, die heutige Gesellschaft neige nicht mehr einem militanten, sondern einem pragmatischen Atheismus zu. Diese Studie läßt erkennen, daß es die Kirche in den und mit den Medien nicht nur deshalb schwer hat, weil sie ihre Botschaft nicht überzeugend genug artikuliert, sondern wohl auch darum, weil erhebliche Teile der Journalisten mit der Kirche wenig zu tun haben wollen. Zu fragen ist nun, was die Ursachen einer solchen Entwicklung sind, und ob es nicht an einer adäquaten Pastoral unter den Journalisten fehlt.